

Tagesordnung II Punkt 45 der öffentlichen Sitzung am 12.02.2004

Vorlage Nr. 04-V-33-0001

Integrationskonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden

Beschluss Nr. 0046

1. Das Integrationskonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden wird mit folgenden Änderungen beschlossen:
 - 1.1 Seite 15: Ziffer 5.1, letzter Satz erhält folgende Fassung: Folgerichtig weist die 6. Leitlinie der Integrationsförderung in Wiesbaden (vgl. 4.2 dieses Konzeptes) dem Erwerb der deutschen Sprache erste Priorität zu."
 - 1.2 Seite 21: "Das wollen wir erreichen" erhält folgende Fassung: Der Zugang zu gesundheitlichen Vorsorgeeinrichtungen, Pflege und effektiveren Behandlungsformen mit besserer Verständigungsmöglichkeiten ist zu verbessern.
 2. Bei der Förderung der Integration ist nach den Maßgaben des Integrationskonzeptes zu verfahren. Dieses ist umzusetzen und weiterzuentwickeln.
 3. Integrationsförderung und Umsetzung des Integrationskonzeptes sind eine ämterübergreifende Querschnittsaufgabe der gesamten Stadtverwaltung unter Federführung von Dezernat VII/Einwohner- und Integrationsamt. Die Aufgabenzuweisung nach Ziffer 3 des Beschlusses Nr. 0524 vom 13.12.2001 hat unveränderte Gültigkeit.
 4. Der Magistrat (Dezernat VII/Einwohner- und Integrationsamt) erstellt jährlich einen Integrationsbericht mit Aussagen zu
 - den im Berichtsjahr im Rahmen des Integrationskonzeptes durchgeführten Programmen und Maßnahmen,
 - dem Sachstand in den einzelnen Handlungsfeldern,
 - dem Einsatz von Ressourcen,
 - dem Eintreten von Wirkungen vor dem Hintergrund der Entwicklung der Daten des Monitorings unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechter.
- Der Integrationsbericht wird den städtischen Gremien jeweils zum Ende des ersten Quartals eines Jahres vorgelegt.
5. Über neue Programme und Maßnahmen, die sich aus der Umsetzung des Integrationskonzeptes ergeben, sind jeweils im einzelnen die erforderlichen Entscheidungen der Städtischen Gremien einzuholen.

(antragsgemäß Magistrat 13.01.2004 BP 0031)

(Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration 03.02.2004 BP 0014)

(Ausschuss für Frauenangelegenheiten 04.02.2004 BP 0003)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden,
im Auftrag

. 02.2004

Bohlmann

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden,
im Auftrag

.02.2004

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Jeske-Lipps